



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Manfred Ländner, Alfons Brandl, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Andreas Lorenz, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Peter Tomaschko, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/27700, 18/28634

Grüne Pläne stoppen, Anreize statt ideologischer Verbotspolitik – Kein Verbot von Öl- und Gasheizungen

Der Landtag lehnt die aktuellen Pläne des Bundeswirtschaftsministers zur Reform des Gebäude-Energiegesetzes (GEG) sowie den entsprechenden Referentenentwurf ab. Das darin vorgesehene Verbot des Einbaus von neuen, ausschließlich fossilen Öl- und Gasheizungen ab 2024, die Vorgabe, dass ab 2024 nur noch Heizungen verbaut werden dürfen, die Wärme aus mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien erzeugen, und schließlich die Pflicht, selbst funktionierende Öl- und Gasheizungen nach einer Nutzungsdauer von (längstens) 30 Jahren ausbauen zu müssen, sind auch mit Blick auf den Klimaschutz nicht durchdacht, völlig unangemessen, aufgrund fehlender Wärmenetze nicht umsetzbar, greifen in das Eigentum ein und überfordern viele Menschen in Deutschland. Der Landtag sorgt sich, dass solche Verbotspläne vor allem Menschen mit niedrigerem Einkommen und Menschen in ländlichen Regionen, die beispielsweise keinen Zugang zu (Fern)Wärmenetzen haben, schwer treffen könnten.

Der Landtag bekräftigt explizit seinen Beschluss auf Drs. 18/23077 gegen eine Überregulierung von Vorschriften für neue Heizungsanlagen durch den Bund.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene gegen diese Pläne des Bundeswirtschaftsministers einzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident